

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	18
Einleitung	23
A. Problemstellung	23
B. Gegenstand, Abgrenzung und Ziel der Arbeit	24
I. <i>Gegenstand der Arbeit</i>	24
II. <i>Abgrenzung und Ziel der Arbeit</i>	25
Teil 1 - Beschlagnahme, Verfall und Rückgewinnungshilfe nach § 111g StPO	27
A. Die Auswirkungen des Insolvenzverfahrens auf die Beschlagnahme nach §§ 111b Abs. 1, 111c StPO	27
I. <i>Die Beschlagnahmekonkurrenz</i>	27
II. <i>Die Lösung der Rangfrage</i>	28
1. Argumente für den Vorrang des Insolvenzrechts	28
a) Funktion, Zweck und Aufgabe des Insolvenzrechts	28
b) Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf Schuldner und Gläubiger	29
c) Die Stellung der Insolvenzordnung innerhalb der Gesamtrechtsordnung	30
d) Die Stellung des Schuldners im Verfahren	31
e) Zwischenergebnis	32
2. Argumente für den Vorrang des Strafrechts	33
a) Vorrang der strafprozessualen Beschlagnahme?	33
aa) Beweissichernde Beschlagnahme	33
bb) Vollstreckungssichernde Beschlagnahme	33
b) Gegenüberstellung der Eingriffsmöglichkeiten	34
aa) Beschuldigter und Schuldner im Vergleich	34
bb) Durchsuchung und Postüberwachung	35
cc) Die Stellung von Staatsanwalt(schaft) und Insolvenzverwalter	36
dd) Zwischenergebnis	38
3. Unterschied von Insolvenzbeschlag und strafprozessualer Beschlagnahme	38
	9

a) Die Bewirkung der Beschlagnahme	38
b) Rechtsfolgen der Beschlagnahme	38
4. Erfordernis der unmittelbaren Besitznahme	39
a) Notwendigkeit für das Strafverfahren	39
b) Notwendigkeit für das Insolvenzverfahren	40
5. Die Lösung der rechtsdogmatischen Konkurrenzfrage	42
a) Insolvenzbeschlag und beweissichernde Beschlagnahme	42
b) Schlussfolgerung für die vollstreckungssichernde Beschlagnahme	43
aa) Ausgangsproblem	43
bb) Zweck der vollstreckungssichernden Beschlagnahme	43
cc) Mögliche Nachteile für die Verbrechensbekämpfung?	44
6. Ergebnis	47
<i>III. Die Beschlagnahme im Lichte der §§ 80 Abs. 2, 88 InsO</i>	47
1. Anwendungsbereich des § 80 Abs. 2 InsO	47
2. Rechtsnatur des in § 111c Abs. 5 StPO enthaltenen	
Verfügungsverbotes	49
a) Ausgangsüberlegung	49
b) Wortlautargument	49
c) Historische Auslegung	50
d) Systematische Auslegung	51
aa) Aufgabe der systematischen Auslegung	51
bb) Die Beschlagnahme nach § 111c StPO	51
(1) Primäres Ziel der Beschlagnahme	51
(2) Beschlagnahmewidrige Verfügungen und Belastungen	52
a) Anwendbarkeit der Gutgläubenvorschriften	52
β) Der Rechtserwerb durch Dritte	53
γ) Beschlagnahmewidriger Rechtserwerb	54
αα) Bewegliche Sachen	54
- Durchführung der Beschlagnahme	54
- Der rechtsgeschäftliche Erwerb	54
- Der gutgläubige Erwerb	55
- Gutgläubiger Erwerb trotz Beschlagnahme?	56
- Belastungen trotz Beschlagnahme?	57
- Zusammenfassung	58
ββ) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	58
- Durchführung der Beschlagnahme	58
- Beschlagnahmewidrige Verfügung und	
§ 878 BGB	59
- Der gutgläubige Erwerb	60
- Mögliche Enthaltung von Zubehör	61
- Zusammenfassung	62
γγ) Schiffe und Schiffsbauwerke	62
- Durchführung der Beschlagnahme	62
- Der rechtsgeschäftliche Erwerb	63

- Gutgläubiger Erwerb trotz Beschlagnahme?	64
- Zwischenergebnis	66
- Umfang der Beschlagnahme	67
- Zusammenfassung	69
8d) Luftfahrzeuge	70
- Durchführung der Beschlagnahme	70
- Rechtsvermutung nach § 15 LuftfzRG und Eigentumserwerb	70
- Beschlagnahmewidrige Belastung	71
- Umfang der Beschlagnahme	72
- Zwischenergebnis	73
ee) Forderungen und sonstige Vermögensrechte	73
- Durchführung und Rechtsfolge der Beschlagnahme	73
- Beschlagnahmewidrige Verfügungen	75
- Schuldnerschutz nach §§ 407, 408 BGB	75
- Pfändung eingetragener Rechte	77
8) Zwischenergebnis	77
(3) Weitere Einwände gegen ein absolutes Veräußerungsverbot	78
(4) Vergleich mit §§ 111p, 290, 443 StPO	80
cc) Weiterführende Überlegungen	81
(1) Das gesetzliche Verbot nach § 134 BGB	81
(2) Systematik anderer Verfügungsverbote	83
(3) Opferschutz als Argument für ein absolutes Veräußerungsverbot?	83
dd) Ergebnis systematischer Auslegung	85
e) Zwischenergebnis	85
3. Ausnahmeregelung des § 80 Abs. 2 S. 2 InsO	86
4. Rückschlagsperre nach § 88 InsO	88
5. Zwischenergebnis	89
IV. Die Herausgabe an den Insolvenzverwalter	90
1. Relevanz von zivil- und verfahrensrechtlichen Problemen	90
2. Die Herausgabe beschlagnahmter Gegenstände an den Insolvenzverwalter	92
a) Insolvenzmasse und Forderungsumfang des Insolvenzverwalters	92
b) § 73 Abs. 4 StGB – Herausgabe von verbots-/sittenwidrig Erlangtem?	94
aa) Ausgangsproblem: Aussonderung nach Rückgabe?	94
bb) Die einzelnen Fallgruppen in der Insolvenz	96
(1) Unwirksamkeit von Grund- oder Kausalgeschäft	96
(2) Unwirksamkeit des Erfüllungsgeschäfts	97
α) Zugehörigkeit zur Insolvenzmasse?	97
β) Zur Aussonderung berechtigende Rechte	98

aa) Anspruch aus § 985 BGB	98
ββ) Berichtigungsansprüche	100
γγ) Ansprüche aus Besitz	100
δδ) Aussonderung durch persönliche Rechte	101
(3) Zusammenfassung	102
cc) Wertende Überlegungen zur Aufhebung der Beschlagnahme	102
dd) Zwischenergebnis	105
c) Der formlose Verfall von sichergestellten Vermögenswerten und die Insolvenz	105
d) Notveräußerung und Insolvenz	107
aa) Eingangsbeispiel	107
bb) Gegenstände, die der Notveräußerung unterliegen	108
cc) Anordnung und Durchführung der Notveräußerung	109
dd) Wirkung der Notveräußerung	111
ee) Kollision zwischen Insolvenzrecht und Notveräußerung	112
(1) Zeitpunkt der Notveräußerung	112
α) Notveräußerung vor Insolvenzeröffnung	113
β) Notveräußerung nach Insolvenzeröffnung	113
αα) Notveräußerung durch den Gerichtsvollzieher	113
ββ) Notveräußerung durch gewerbliche Vermittler	115
(2) Zwischenergebnis	116
3. Das Herausgabeverlangen des Insolvenzverwalters	117
a) Strafprozessuale oder insolvenzrechtliche Rechtsbehelfe und Rechtsmittel?	117
b) Vor der Insolvenzeröffnung erfolgte Maßnahmen	117
c) Nach der Insolvenzeröffnung erfolgte Maßnahmen	118
aa) §§ 111f Abs. 5, 1111 Abs. 6 StPO contra § 766 ZPO, § 89 Abs. 3 StPO	118
bb) Rechtsbehelfe/Rechtsmittel gegen die Notveräußerung	118
cc) Zivilprozessuale Rechtsmittel und Rechtsbehelfe	121
dd) Zwischenergebnis	121
d) Lösung Konkurrenzfrage	121
aa) Normenkonkurrenz	121
bb) Spezialitäts- und Zeitkollisionsregeln	122
cc) Normzweck	125
(1) § 111f Abs. 5 StPO	125
(2) § 89 Abs. 3 S. 1 InsO	125
e) Schlussfolgerung	126
4. Strafprozessuale Beschlagnahme und formloser Verfall im Insolvenzeröffnungsverfahren, §§ 11 ff. InsO	127
a) Beschlagnahme erfolgt vor der Stellung des Insolvenzantrages	127
b) Beschlagnahme erfolgt nach Anordnung insolvenzrechtlicher Sicherungsmaßnahmen gem. § 21 InsO	128
c) Insolvenzeröffnungsverfahren und Immobilienvollstreckung	130

d) Formloser Verfall im Insolvenzeröffnungsverfahren	131
e) Zusammenfassung	133
B. Die Auswirkungen des Insolvenzverfahrens auf den Verfall	133
I. <i>Die Durchsetzung der insolvenzfesten Verfallsentscheidung</i>	133
1. Strafvollstreckung und Aussonderung	133
2. Das Aussonderungsrecht	134
3. Aussonderung konkreter Verfallsgegenstände	135
a) Bewegliche Sachen	135
b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, dingliche Rechte an solchen	135
c) Eingetragene Schiffe, Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge	137
d) Forderungen, sonstige Vermögensrechte	137
4. Ersatzaussonderung	139
5. Zwischenergebnis	140
II. <i>Verfall und Insolvenzanfechtung</i>	140
1. Problemstellung	140
2. Die Insolvenzanfechtung	141
a) Die rechtsdogmatische Einordnung der Konkurs-/Insolvenzanfechtung	141
b) Die Abgrenzung der Insolvenzanfechtung	143
aa) Insolvenzanfechtung und Rückschlagsperre nach § 88 InsO	143
bb) Insolvenzanfechtung und Nachverfahren nach §§ 431, 442 StPO	143
cc) Zwischenergebnis	145
3. Rechtskräftiger Verfall und Anfechtung	145
a) Problemstellung	145
b) Der Umfang des staatlichen Verfalls	146
aa) Der Verfall gem. § 73 StGB	146
bb) Der erweiterte Verfall gem. § 73d Abs. 1 StGB	147
cc) Zwischenergebnis	147
c) Der Verfall – ein Insolvenzanspruch?	148
aa) Rechtsnatur des Verfalls	148
bb) Der staatliche Straf- bzw. Verfallsanspruch	150
cc) Zwischenergebnis	153
d) Der Anfechtung unterliegende Rechtshandlungen	154
aa) Der Begriff der Rechtshandlung	154
bb) Anknüpfbare Rechtshandlungen im Strafverfahren	155
cc) Vollstreckungstitel und Insolvenzanfechtung	156
(1) Insolvenzrechtlicher Meinungsstand	156
(2) Wertende Überlegungen für das Strafverfahren	157
(3) Vergleich mit der anfechtbaren Zwangsvollstreckung	158
(4) Zwischenergebnis	159
e) Weitere Voraussetzungen für die Anfechtung	159
aa) Mögliche Anfechtungstatbestände	159

bb) Die Insolvenzanfechtung nach § 130 InsO	160
(1) Objektive und subjektive Voraussetzungen	160
(2) Kenntnis und Wissenszurechnung	163
cc) Zwischenergebnis	163
f) Zwischenergebnis	164
4. Wertungsmäßige Einwände gegen die Anfechtbarkeit	164
a) Problemstellung	164
b) Der Verfallsanspruch – eine nachrangige Insolvenzforderung?	165
c) Restschuldbefreiung für den Verfallsanspruch?	166
aa) Normzweck und Rechtsfolgen	166
bb) Restschuldbefreiung und § 73 Abs. 1 S. 1 StGB	167
(1) Restschuldbefreiung und Vorsatzdelikte	167
(2) Restschuldbefreiung und fahrlässige Delikte	168
cc) Restschuldbefreiung und § 73 Abs. 2 S. 1, Abs. 3 - 4 StGB	169
d) Der Verfallsanspruch im Insolvenzplanverfahren	170
e) Der Verfall im gerichtlichen Schuldenbereinigungsplan, §§ 305 ff. InsO	170
f) Zwischenergebnis	171
5. Der weitere Verfahrensfortgang	171
a) Forderungsanmeldung und -prüfung	171
b) Auswirkungen der unterschiedlichen Prüfungsergebnisse	172
aa) Forderung bleibt unbestritten	172
bb) Nur Schuldner bestreitet Forderung	172
cc) Insolvenzverwalter und/oder -gläubiger bestreiten Forderung	173
c) Die Verfolgung des Widerspruches	173
aa) Widerspruch gegen den titulierten Verfallsanspruch	173
(1) Widerspruch durch Gläubiger oder Insolvenzverwalter	173
(2) Widerspruch durch Schuldner	174
bb) Widerspruch gegen die Höhe der Forderung	175
d) Verfassungsrechtliche Bedenken	176
aa) Ausgangsproblem	176
bb) Verfassungskonformer Lösungsvorschlag	178
e) Die Vollstreckung aus der Insolvenztabelle	179
6. Ergebnis	179
<i>III. Keine (rechtskräftige) Verfallsentscheidung vor Insolvenzeröffnung</i>	180
1. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf den Gang des Strafverfahrens	180
2. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf die Verteidigung	181
3. Verfallsanordnung und Insolvenzverfahren	183
a) Das Spannungsfeld zwischen Verfall und § 91 InsO	183
b) Auswirkungen auf den materiell-rechtlichen Verfallsanspruch	183
c) Einzelprobleme	185
aa) Die Anmeldung des Verfallsanspruches	185

bb) Strafgerichtlicher Verfall nach Insolvenzeröffnung?	187
(1) Die Anordnung des Verfalls	187
(2) Parallel Anordnung von Wertersatz?	189
(3) Lösungsvorschlag	190
cc) Zwischenergebnis	190
4. Verfallsanordnung im Insolvenzeröffnungsverfahren	191
5. Rechtliche Stellung und Beteiligung des Insolvenzverwalters am Strafverfahren	193
a) Die rechtliche Stellung des Insolvenzverwalters	193
b) Die Beteiligung des Insolvenzverwalters am Strafverfahren	193
<i>IV. Die Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf den formlosen Verfall</i>	194
C. Die Rückgewinnungshilfe in der Insolvenz	196
I. Sinn und Systematik des Rückgewinnungshilfeverfahrens	196
II. Das vorrangige Befriedigungsrecht nach § 111g StPO	197
1. Das Zulassungsverfahren	197
2. Die Wirkungen der Zulassungsentscheidung	198
a) Privilegierung	198
b) Rangverhältnis mehrerer zugelassener Gläubiger	200
III. Die Rückgewinnungshilfe bei Insolvenz des Täters	201
1. Problemstellung	201
2. Die Zulassung nach § 111g StPO bei der Insolvenz des Täters	202
a) Zulassungsverfahren nach Insolvenzeröffnung?	202
b) Zulassung vor Insolvenzeröffnung	202
aa) Insolvenzfestes Absonderungsrecht durch Zulassung?	202
bb) Befriedigungsreihenfolge nach Insolvenzeröffnung	204
D. Der Auffangrechtserwerb	205
I. Ziel des Auffangrechtserwerbs	205
II. Gestaltung des Auffangrechtserwerbs	206
1. Der Auffangrechtserwerb von Verfallsgegenständen	206
2. Grundsätzliche Kritik an der Konstruktion des Auffangrechtserwerbs	207
III. Der Auffangrechtserwerb in der Insolvenz	208
1. Insolvenzeröffnung vor Anordnung Auffangrechtserwerb	208
2. Insolvenzeröffnung nach Anordnung Auffangrechtserwerb	209
a) Berücksichtigung des Auffangrechtserwerbs	209
b) Manipulationsmöglichkeiten	210
3. Insolvenzeröffnung nach Eintritt des Auffangrechtserwerbs	212
a) Auswirkungen auf den Auffangrechtserwerb	212
b) Ausgleichsansprüche zugunsten der Masse	213
aa) Entstehen des Ausgleichsanspruches	213
bb) Höhe des Ausgleichsanspruches	214
cc) Zeitlicher Ausschluss des Ausgleichsanspruches	214
IV. Fazit	215

A. Die Auswirkungen des Insolvenzverfahrens auf den Arrestvollzug nach §§ 111b Abs. 2, 111d StPO	217
I. <i>Der Arrestvollzug nach §§ 111b Abs. 2, 111d Abs. 2 StPO</i>	217
1. Die Regelung des Arrestvollzuges	217
2. Die Rechtsfolgen des Arrestvollzuges	217
a) Bewegliches Vermögen	217
b) Unbewegliches Vermögen	218
c) Eingetragene Schiffe, Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge	219
3. Zwischenergebnis	219
II. <i>Die Insolvenzeröffnung und ihre Auswirkungen</i>	220
1. Anordnung und Vollzug nach Insolvenzeröffnung	220
2. Anordnung und Vollzug vor Insolvenzeröffnung	220
3. Zwischenergebnis	222
4. Anordnung und Vollzug im Insolvenzeröffnungsverfahren	222
B. Die Auswirkungen des Insolvenzverfahrens auf den Verfall von Wertersatz	223
I. <i>Der (erweiterte) Verfall von Wertersatz, §§ 73a, 73d Abs. 2 StGB</i>	223
II. <i>Verfall von Wertersatz und Insolvenzanfechtung</i>	225
C. Die Durchsetzung des Wertersatzanspruchs	225
I. <i>Keine (insolvenzfeste) Sicherung</i>	225
II. <i>Insolvenzfeste Sicherung</i>	227
1. Absonderungsrechte und Nachrang gem. § 39 Abs. 1 Nr. 3 InsO	227
2. Die praktische Berücksichtigung der Absonderungsrechte	229
D. Die Rückgewinnungshilfe in der Insolvenz, §§ 111h, 111g StPO	230
I. <i>Auswirkungen auf den Arrestvollzug nach § 111d Abs. 2 StPO</i>	230
II. <i>Das vorrangige Befriedigungsrecht nach § 111h StPO</i>	231
1. Anwendungsbereich und Zulassungsverfahren	231
2. Einräumung und Umfang des vorrangigen Befriedigungsrechtes	232
a) Umfang des vorrangigen Befriedigungsrechtes	232
b) Die Auswirkungen des Insolvenzverfahrens auf die Zulassung	233
aa) Zulassung und Vollzug vor Insolvenzeröffnung	233
(1) Zulassung und Rückschlagsperre	233
(2) Zulassung und Insolvenzanfechtung	233
a) Eingetragene Schiffe, Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge	233
b) Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	235
bb) Das Zulassungsverfahren nach der Insolvenzeröffnung	238
(1) Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	238
a) Zulassung vor und Rangtausch nach Insolvenzeröffnung	238
b) Zulassung und Rangtausch nach Insolvenzeröffnung	239

(2) Eingetragene Schiffe, Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge	241
<i>III. Das vorrangige Befriedigungsrecht nach § 111g Abs. 3 S. 6 StPO</i>	241
1. Anwendungsbereich	241
2. Die Einräumung des vorrangigen Befriedigungsrechtes	242
E. Der Auffangrechtserwerb	242
I. <i>Insolvenzeröffnung vor Verurteilung</i>	242
II. <i>Insolvenzeröffnung vor Eintritt des Auffangrechtserwerbs</i>	243
1. Der bedingte Zahlungsanspruch des Staates	243
2. Der insolvenzfeste Arrestvollzug	244
III. <i>Insolvenzeröffnung nach Eintritt Auffangrechtserwerb</i>	244
Ergebnis	245
A. Für die vorläufige Sicherung im Ermittlungsverfahren	245
B. Für die Anordnung, Geltendmachung und Vollstreckung von Verfall und Verfall von Wertersatz	246
C. Für den formlosen Verfall	247
D. Für das Rückgewinnungshilfeverfahren	247
E. Für den staatlichen Auffangrechtserwerb	248
Literaturverzeichnis	249